

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Anzeigen verhältnißmäßig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 22. Mai 1930

Nummer 118

Liste 3, die Liste der Kommunistischen Partei und des sächsischen Proletariats!

Kampf allen faschistischen Arbeitermördern!

Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft gegen Faschismus, gegen Koalitionspolitik der „linken“ SPD-Führer, für revolutionären Klassenkampf unter dem roten Banner der Kommunistischen Partei!

SPD-Wahlkampf für die Große Koalition

„Die Kenner der Stimmung der sächsischen Arbeiter haben versichert, daß sich eine tiefe Umstellung in den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter vollzogen habe. Die sächsische Sozialdemokratie hat nach dem Sturz der Regierung Brücker ihren Anteil an der Macht gelordert. Sie hat sich zu Koalitionsverhandlungen bereit erklärt, sie hat darauf verzichtet, ein Mindestprogramm aufzustellen.“

Sie hat das Beispiel Thüringens vor Augen und sie geht in diesen Wahlkampf, um noch Möglichkeit wieder dafür zu sorgen, daß im Arbeiterland Sachsen die Massenpartei der Arbeiterschaft wieder die Hand an das Steuer des Staates legen kann.“

Dresden, den 22. Mai.

Das „Beispiel Thüringens“, mit dem die sozialdemokratische Presse ihren Wahlkampf beizugehen wird, mit dem sie sich bereits vor den Wahlen zu bedingungslosen Koalition mit der Volkspartei nach den Wahlen bereit erklärt, diese Deklaration der drohenden faschistischen Gefahr ist eine geschickte, aber nicht weniger verbrecherische Knospung der sozialdemokratischen Arbeiterstimme. Jawohl, die nationalfaschistische Gefahr ist groß, nicht, weil diese Bewegung den sozialen und politischen Bedürfnissen einer hungernden und ausgebeuteten, unterdrückten Klasse entspricht, sondern umgekehrt, weil das Finanzkapital den Faschismus als Werkzeug im Kampf gegen die Revolution braucht. Mit den Hitler und Strahler, diesen fleischlichen Schatzkammern in den Händen der Finanzoligarchie würde das Proletariat bald fertig werden. Aber der Faschismus genießt nicht nur den Schutz, sondern die direkte Unterstützung der Bourgeoisie und der bewaffneten Staatsmacht. Er organisiert in Thüringen den weißen Terror mit den staatlichen Mitteln — er „verjüdet“ den November-Revolutionen. Er verbietet die KPD-Presse mit Severings Republik-Schlagzeug. Er sprengt Arbeiterversammlungen unter Anwendung der republikanischen Vollgewalt. Nur in dieser Verbindung, in diesen engen Beziehungen zur Bourgeoisie und zum Staatsapparat der Weimarer Republik ist der Faschismus eine gefährliche, konterrevolutionäre Kraft.

Das erkennen auch die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter. Wenn faschistische Terrorbanden, wie jetzt in Berlin, meuchlings Arbeiter morden, wenn sie am 31. Mai in Plauen unter dem Schutz der Polizei den weißen Terror entfalten wollen, so spotten die sozialdemokratischen Arbeiter der treuen Behauptung ihrer Führer, daß „Kommunisten und Faschisten gleich gefährliche Feinde der Arbeiterbewegung“ seien. Sie weisen die Behauptung des „Vorwärts“ zurück, daß sich bei ihnen „eine tiefe Umstellung“ zur Großen Koalition vollzogen habe. Das Zusammengehörigkeitsgefühl im proletarischen Klassenkampf gegen den Faschismus wächst. Es wird im bevorstehenden Wahlkampf zum Ausdruck kommen und es ist darum nicht zufällig, daß die SPD-Presse das „Beispiel Thüringens“ demonstriert, um ihre Wähler für ihre Mandate zu bekommen.

Wir Kommunisten dürfen in dieser entscheidenden Frage keine Verdunkelung dulden. Schon gleich in den ersten Tagen des Wahlkampfes müssen wir die Frage zur Diskussion stellen, zur Debatte stellen in den Betrieben, den Stempelstellen, in allen Massenorganisationen.

Wie wollen die „linken“ SPD-Führer der faschistischen Gefahr vorbeugen, wie sie bekämpfen? Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, sagt es. Er schreibt:

„Die sächsischen SPD-Führer haben sich zu Koalitionsverhandlungen bereit erklärt. Sie haben sogar darauf verzichtet, ein Mindestprogramm aufzustellen. Der bevorstehende Wahlkampf dient dem Zweck, die Hand an das Steuer des Staates zu legen.“

Die „Dresdener Volkszeitung“ haut in dieselbe Kerbe:

„Nur zu deutlich zeigt sich, wie schwer das arbeitende Volk darunter zu leiden hat, wenn gegen die Sozialdemokratie registriert wird.“

Also, Große Koalition! Nicht mehr „für ein rotes, für ein sozialistisches Sachsen“, wie noch vor einem Jahr demagogisch die Wahlparole lautete, sondern gegen den Bürgerhaß, gegen den Faschismus und (wenn auch weniger betont) für die Große Koalition. Koalition mit der Volkspartei! Koalition mit derselben großkapitalistischen Parteiorganisation, die den Bürgerhaß im Reich bekämpft, die in Thüringen den Nationalsozialistischen Freikampf zur Regierung herangezogen hat, die in Sachsen das Diktatorbündnis Schied bildete und bereit war, ihre Regierungsbotschaft auf Kiliנגer auszugeben, die in ihren Betrieben die faschistischen

Werksgemeinschaften finanziert, um sich Streikbrecherzellen zu schaffen. Mit dieser führenden Partei des Finanzkapitals, der ökonomischen und politischen Trägerin der Faschisierung Deutschlands wollen die „linken“ SPD-Führer angeblich „den Faschismus niederringen“.

Sollen wir die sozialdemokratischen Arbeiter noch einmal

So führt den „Wahlkampf in ganz Sachsen:

Metallarbeiterstreik gegen Lohnabbau

bei Blante & Koll, Dippoldswalde — Verbreitert die Streikfront! — Kämpft um Siedentendentag bei vollem Lohnausgleich und 20 Pf. Lohnerhöhung!

Dresden, den 21. Mai.

Die Firma Blante u. Koll in Dippoldswalde versucht mit allen Mitteln einen Lohnabbau durchzuführen. Fast einstimmig beschloß die Belegschaft, den Vorstoß mit dem sofortigen Streik zu beantwortet. Auf Vereinbarung mit der streikenden Belegschaft trat der Betriebsratsvorsitzende, ein Schweißergewerkschaftler, nicht mit in den Kampf. Die Firma entließ ihn jedoch kritiklos, als er sich weigerte, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Der in der Streikversammlung angewählte DKB-Vertreter sanktionierte den Kampf, stimmte aber gleichzeitig ein großes Votum über die schlechte Konjunktur und die Unternehmervorkühe an, ohne jedoch ein Wort darüber zu verlieren, was der Verband zu tun gedenke.

Der Kampf der Arbeiter der Firma Blante u. Koll muß die Unterstützung der gesamten sächsischen Metallarbeiter erfahren. In allen Betrieben muß sofort zu dem Unternehmervorkühe Stellung genommen, eine Kampfleistung gewählt und der Streik beschlossen werden um die von der revolutionären Metallarbeiteropposition aufgestellten Forderungen:

Siedentendentag bei vollem Lohnausgleich! 20 Pf. Stundenlohnerhöhung! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Sechsjahrentag für Jungarbeiter! 18 Werkstage bezahlter Ferien!

Massenentlassungen

bei der Schiffswerft in Uebigau

(Arbeiterfortependenz)

Die von der Schiffswerft Uebigau beauftragte Teilkündigung wurde von dem Gewerkschaftsrat genehmigt. Die Folge davon ist, daß am Montag dem 20. Mai 200 Mann und am 18. Juni weitere 250 Arbeiter, 40 Beamte und 3 Werkmeister entlassen werden. Während man jetzt Massenentlassungen vornimmt, arbeitet ein Teil der Belegschaft in den letzten sechs Wochen mit Zustimmung des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden täglich 10½ bis 12 Stunden. Die Arbeiter müssen endlich aus diesen Vorgängen die Lehren ziehen, jede

den erinnern, was vor der letzten sächsischen Landtagswahl im Jahre 1929 die „linke“ SPD-Presse, beispielsweise die „Plauener Volkszeitung“ vom 22. März 1929 schrieb:

„Die Koalition besorgfältig das Proletariat... So grotesk es vielleicht klingen mag, so ist es heute doch historische Möglichkeit: Koalition ist der Weg in den Faschismus.“

Die Koalitionspolitik hat diese richtige Feststellung grausam gründlich untertritten. KPD-Verbot durch Severing, Republikflucht mit Hilfe der gesamten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, einschließlich der „Linken“, Freilassung der faschistischen Bombenattentäter, Polizeiterror gegen Arbeiterdemonstrationen und so fort.

„Große Koalition gegen den Faschismus“ — das ist ein Weg zum Faschismus! Ein anderer Weg, den die „linken“ SPD-Führer gehen, dient dem gleichen Zweck. Es ist der Weg der Anwendung faschistischer Methoden durch die „linken“ SPD-Führer selbst. Ober

Ueberstundenverweigerung und den Kampf um den Siedentendentag mit Lohnausgleich aufnehmen

und Union sächsischer Textilwerte

Die Union sächsischer Textilwerte hat infolge Schließung rund 500 Arbeitern und Arbeiterinnen des Arbeitsverhältnisses zum 21. Mai gekündigt. Seit Januar arbeiten die Belegschaft verfürzt, ein Teil davon nur 1 oder 2 Tage in der Woche. Trotz dieser Massenentlassungen stimmt der Textilarbeiterverband Schiedsprüchen mit einer Arbeitszeit bis zu 55 Stunden in der Woche zu. Die Textilproleten müssen sich der KPD anschließen und unter deren Führung den Kampf um den Siedentendentag mit einer Lohnerhöhung aufnehmen.

Streik in der GEG in Chemnitz

Seit Freitag den 16. Mai streiken die Arbeiterinnen in der Konfektion, Abt. Wäsche, der GEG in Chemnitz. Der Kampf richtet sich gegen ungerechtfertigte Entlassungen von Arbeiterinnen und für die Erhöhung der Wfforsolöhne, die zum Teil so niedrig sind, daß die Arbeiterinnen nicht einmal auf den tariflichen Stundenlohn kommen. Wie berechtigt die Forderungen der Belegschaft sind, ergibt sich daraus, daß selbst der Betriebsarbeiterverband keine Zustimmung zum Streik geben mußte.

Unternehmer bestehen auf 15 Prozent Lohnabbau

Halle, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die von der Hanselb-GEG veranlaßten Schlichtungsverhandlungen über einen Lohnabbau von 15 Prozent wurden ergebnislos abgebrochen, nachdem sich die Firma weigerte, von ihren Forderungen auf Lohnabbau abzumachen. Auch ein Vermittlungsvorschlag des Schlichters wurde von den Schanzmachern abgelehnt.

Den Kindern das Brot geraubt!

Die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller war es, die es ablehnte, weiterhin diese 5 Millionen Mark für Kinderpreise zu gewähren, die sich aber bereit fand, 6 Millionen Mark für russische Kulaken (Großbauern) zu bewilligen.

Trotzdem wird die SPD in ihrer zogenwärtigen „sozialistischen Frauenbewegung“ „den proletarischen Müttern weismachen, daß sie auf dem Gebiet der Sozialpolitik Großes geleistet habe. Duldet diesen Betrug nicht! Klärt die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen auf! Sorgt für stärkste

Delegationen zu dem Kongreß werktätiger Frauen am Sonntag!